



2011/31 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2011/31/die-macht-der-miliz>

Al-Shabab behindert den Kampf gegen die Hungersnot in Somalia

Die Macht der Miliz

Von **david john bwakali**

Die Befürchtung, dass die jihadistische al-Shabab-Miliz die Hungersnot in Somalia ausnutzen könnte, hat die Hilfe für die Betroffenen verzögert. Nun haben die Versorgungsflüge begonnen, doch al-Shabab verbietet ausländischen Hilfsorganisationen die Arbeit in den am schwersten betroffenen Gebieten.

Als die erste Hilfslieferung am Mittwoch vergangener Woche in Mogadishu eintraf, trieben Soldaten die andrängenden Hungernden mit Gewehrkolben zurück. Etwa 100 000 Menschen sind in die somalische Hauptstadt geflüchtet, weil dort die Überlebenschance größer ist. Die Gesamtzahl der Hilfsbedürftigen ist weitaus größer, etwa zwölf Millionen Menschen in Somalia, Kenia, Djibouti und Äthiopien sind von der Hungersnot betroffen. Die Dürre ist die schlimmste der vergangenen 60 Jahre, und Somalia leidet darunter am stärksten. Die Vereinten Nationen haben offiziell eine Hungersnot in dem Land ausgerufen, wo seit 20 Jahren Bürgerkrieg herrscht. Viele der schätzungsweise 3,7 Millionen Somalier, die dringend Nahrung benötigen, fliehen in die Nachbarländer Kenia und Äthiopien.

Nirgends wird das Ausmaß der Hungersnot deutlicher sichtbar als in Dadaab, einer kleinen Stadt in Kenias ebenfalls von Trockenheit betroffener Nordostprovinz. Obwohl der Ort winzig ist, beherbergt Dadaab das größte Flüchtlingslager der Welt. Sogar zu besseren Zeiten war das Überleben in diesem Camp nicht leicht. Es ist überfüllt, das Gebiet ist trocken und windig, überdies fehlt es an der nötigen Grundversorgung. Doch da das Camp nur 100 Kilometer von der Grenze entfernt ist, war es lange Zeit das nächstgelegene Ziel für somalische Flüchtlinge.

Das Flüchtlingslager in Dadaab, das 1991 eingerichtet wurde, kann eigentlich höchstens 90 000 Menschen aufnehmen, es beherbergt inzwischen jedoch fast 400 000 Flüchtlinge. Die meisten kommen aus Somalia, die Hungersnot ließ ihre Zahl in den vergangenen Monaten schnell ansteigen. Dadaab besteht aus drei verschiedenen Camps: Hagadera, Ifo und Dagahaley. Parzellen, die für eine Familie vorgesehen waren, teilen sich nun bis zu fünf Familien, viele Menschen müssen außerhalb der Camps leben. Die kenianische Regierung sah sich daher gezwungen, ein viertes Camp einzurichten, ein Schritt, den das Flüchtlingshilfswerk UNHCR seit zwei Jahren fordert. Bislang hatte die Regierung gewarnt, dass eine Erweiterung ernste Sicherheitsprobleme mit sich bringe.

Neben der Frage des Wohnraums stellt die nötige Grundversorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten ein dringliches Problem in den Lagern dar. Da auch Dadaab in einem

trockenen, von einer Hungersnot betroffenen Gebiet liegt, sind Wasser und Nahrungsmittel knapp. »Hier, am Rand des somalischen Flüchtlingslagers von Dadaab, haben wir es mit den Ärmsten der Armen und den Verletzbarsten der Verletzbaren zu tun«, sagt António Guterres, Leiter des UNHCR.

Die meisten Flüchtlinge kommen aus Südsomalia, aus Gegenden, die von der jihadistischen al-Shabab-Miliz kontrolliert werden. Nachdem sie vor der Hungersnot und den bewaffneten Konflikten geflohen sind, kommen die Flüchtlinge nach einem wochenlangen strapaziösen Marsch in Dadaab an, wo es ebenfalls an Nahrungsmitteln mangelt. Auch den somalischen Bürgerkrieg können sie nicht hinter sich lassen.

Die kenianische Regierung hatte schon lange zuvor gewarnt, dass somalische Terroristen die Camps leicht infiltrieren könnten, indem sie sich unter die Flüchtlinge mischen. Es ist jedoch schwierig, wenn nicht unmöglich, Flüchtlinge aus Sicherheitserwägungen abzuweisen. Bei humanitären Katastrophen gelten andere Prioritäten. Premierminister Raila Odinga meint, die »internationale Gemeinschaft« habe zu zögerlich gehandelt: »Erst jetzt reagieren sie, da sie sehen, dass die Menschen sterben. Die internationale Gemeinschaft reagiert immer sehr spät. Also ist die kenianische Regierung ein Opfer, nicht der Angeklagte.«

Da die meisten Flüchtlinge nicht vor dem bewaffneten Konflikt, sondern in erster Linie vor der Hungersnot fliehen, besteht die kenianische Regierung darauf, dass die humanitäre Hilfe auch innerhalb Somalias geleistet werden sollte. Allerdings werden solche Bemühungen in Somalia durch al-Shabab untergraben. Sheikh Ali Mohamoud Rage, ein Sprecher der islamistischen Miliz, verkündete am 6. Juli, dass das Betätigungsverbot für ausländische Hilfsorganisationen aufgehoben werde, um den Opfern der Hungersnot Hilfe zukommen lassen zu können. Doch nur zwei Wochen später wurde das Verbot erneuert. Es wurde klargestellt, dass nur humanitäre Organisationen zugelassen seien, die bereits zuvor in Somalia tätig gewesen sind. Doch auch einige dieser Organisationen waren in der Vergangenheit von al-Shabab bedroht worden und hatten Bestechungsgelder zahlen müssen, es wurden auch einige Mitarbeiter der NGO entführt und Hilfslieferungen entwendet.

Al-Shabab ist keine einheitliche Organisation mit zentraler Führung. Angeblich hat sie Beziehungen zu al-Qaida, die Miliz scheint eine Rolle in der allgemeinen Strategie des jihadistischen Netzwerks zu spielen. Al-Shabab wird als terroristische Organisation eingestuft und unterliegt den nach dem 11. September 2001 verabschiedeten Antiterrorgesetzen der USA und Großbritanniens. Diese Gesetze verbieten materielle Unterstützung für Terrorgruppen, im Fall einer humanitären Katastrophe kann dieses Verbot, das die Sicherheit gewährleisten soll, dazu führen, dass die Hilfe verspätet kommt oder sogar verhindert wird.

Die von der »internationalen Gemeinschaft« anerkannte Übergangsregierung unter Präsident Sheikh Sharif Ahmed hat kaum Kontrolle über die von der Hungersnot betroffenen Gebiete und kann daher nicht für die Sicherheit der Helfer und der Flüchtlinge garantieren. Sofort nach dem Eintreffen der ersten Lieferungen kam es sogar in Mogadishu zu heftigen Kämpfen, offenbar hatte al-Shabab Verstärkungen in die Stadt geschickt. Die humanitären Helfer müssen sich entweder den Gefahren aussetzen, die mit einer Arbeit in den von al-Shabab beherrschten Gebieten verbunden sind, oder die Hungernden dort ihrem Schicksal überlassen. Am schlimmsten sind die Verhältnisse ausgerechnet in Südsomalia, wo al-Shabab besonders präsent ist.

Wie können die Menschen dort vor der Gewalt und dem Hunger gerettet werden? Wie kann humanitäre Hilfe geleistet werden, ohne die Sicherheit der Helfer und der lokalen Bevölkerung zu gefährden? Wenn die »internationale Gemeinschaft« diese Fragen nicht umgehend

beantwortet, ist das Leben der auf Lebensmittellieferungen angewiesenen Somalier in großer Gefahr. Die Hilfsflüge des World Food Programme (WFP) haben nach einem Besuch der WFP-Direktorin Josette Sheeran begonnen. Sie betonte die Dringlichkeit der Lieferungen: »Wir probieren, wie wir die lebensrettenden Versorgungsgüter so schnell und effizient wie möglich zu denen bringen können, die im Epizentrum der Hungersnot im Süden leben. Wir erreichen im Moment 1,5 Millionen Menschen in Somalia. Und das WFP stockt auf, um zusätzliche 2,2 Millionen Menschen im vorher unzugänglichen Süden des Landes zu erreichen.« Sicherheitserwägungen haben die Reaktion der »internationalen Gemeinschaft« in Somalia und Dadaab verzögert. Wegen Sicherheitsbedenken zögerte die kenianische Regierung, ein viertes Flüchtlingscamp in Dadaab zu errichten, die Hilfsorganisationen wagten es bislang nicht, in die von der Hungersnot heimgesuchten Teile Südsomalias vorzudringen. Das vierte Flüchtlingslager wird nun doch errichtet, und die Hilfslieferungen nach Somalia haben begonnen. Ob sie die Hungernden in Südsomalia erreichen werden, ist allerdings noch unklar.